

Lustloser Handel vor Fed-Zinsentscheid – Widerspruch zu Steuerplänen von Scholz

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 11.12.2019 17:45 | Copyright BörseGo AG 2000-2020

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- **Commerzbank** muss mehr Kernkapital vorhalten
- **US-Inflation** höher als erwartet
- **Tesla** will 500.000 Autos pro Jahr in Werk bei Berlin produzieren
- **Commerzbank** verfehlt Schwelle bei Comdirect-Angebot
- Marke **Volkswagen** verkauft mehr Autos
- **TUI** senkt Dividende und verändert Dividendenpolitik
- **Saudi Aramco** vollzieht größten Börsengang aller Zeiten
- **ThyssenKrupp** will bis März 2020 über Aufzugsgeschäft entscheiden
- **Aurubis** verbucht Gewinneinbruch
- **Hornbach** wird optimistischer
- **Telefónica Deutschland** kürzt Dividende
- **USA** blockieren Welthandelsorganisation **WTO**

DAX

- Nach geringfügigen Kursverlusten am Vortag konnte sich der deutsche Aktienmarkt am Mittwoch erholen. Im Vorfeld des Fed-Zinsentscheids am Abend überwiegt bei den Anlegern eine abwartende Haltung. Der **DAX** beendete den Xetra-Handel mit einem Plus von 0,58 Prozent auf 13.146,74 Punkte. Bereits am Dienstag hatte der DAX die anfänglich drastischen Kursverluste bereits intraday wieder zum Großteil aufgeholt. Den Anlegern stehen ereignisreiche Tage ins Haus. Auf den Fed-Zinsentscheid und die anschließende Pressekonferenz folgen am Donnerstag der EZB-Zinsentscheid und die Parlamentswahl in Großbritannien, die wegen des anstehenden Brexits eine besondere Brisanz hat. Bis zum Wochenende entscheidet sich schließlich, ob die USA die für den 15. Dezember angekündigten neuen Einfuhrzölle auf chinesische Waren tatsächlich verhängen. Sollte es dazu kommen, würde dies wohl eine erneute Eskalation im Handelskonflikt bedeuten. Heute Nachmittag könnten außerdem die US-Verbraucherpreise für etwas Bewegung am Markt sorgen.

Chartanalysen des Tages

- [DAX-Tagesausblick: Großes DAX Flaggentief sondieren! 1 Hoch fehlt noch!](#)
- [EUR/USD-Tagesausblick: FOMC-Entscheid am Abend](#)
- [GOLD – Die scheinen auf etwas zu warten. Goldhändler flippen aus!](#)

Unternehmensnachrichten

- Die **Commerzbank** muss im kommenden Jahr mehr hartes Kernkapital vorhalten als im Vorjahr. Das "reine harte Kernkapital" (CET1) muss im kommenden Jahr mindestens 10,63 Prozent betragen, nach 10,11 Prozent im Jahr 2019. Die gesamte Kernkapitalanforderung beträgt 11,36 Prozent, wie im sogenannten "Supervisory Review and Evaluation Process" (SREP) der EZB festgelegt wurde. Per Ende des dritten Quartals belief sich die CET1-Kapitalquote der Commerzbank auf 12,8 Prozent.
- Die **Porsche Automobil Holding SE** beteiligt sich am Sensorhersteller Aeva Inc. Die Volkswagen-Muttergesellschaft habe ein "signifikantes Investment getätigt", teilte das Unternehmen mit.
- Laut einem CNBC-Bericht zieht Disney+, der Streamingdienst des Medienkonzerns **Walt Disney**,

mittlerweile durchschnittlich 9,5 Millionen mobile Nutzer pro Tag an. Die Mobil-App wurde bereits mehr als 22 Millionen Mal heruntergeladen.

- Die **US-Flugsicherheitsbehörde FAA** kann noch keine Aussage dazu treffen, wann die Maschinen des Typs **Boeing 737 MAX** wieder eine Flugerlaubnis erhalten. Es sei unmöglich zu sagen, wann die Maschinen wieder zertifiziert würden, sagte FAA-Präsident Steve Dickson in einem Fernsehinterview. Sicherheit habe oberste Priorität.
- Die "Financial Times" wirft dem Zahlungsdienstleister **Wirecard** in einem weiteren Enthüllungsartikel vor, dass Kritiker des Unternehmens in London umfangreich ausspioniert wurden. Finanziert worden sei das Vorhaben von einem ehemaligen Nachrichtendienstchef in Libyen, der nach eigenen Angaben Wirecard-Aktionär sei.
- Der **Elektroautobauer Tesla** will in der geplanten "Gigafactory" bei Berlin 500.000 Elektrofahrzeuge pro Jahr herstellen, wie die "Bild"-Zeitung unter Berufung auf Planungsunterlagen des Unternehmens berichtet. In dem Werk im brandenburgischen Grünheide sollen das kompakte Model 3 und der SUV Model Y hergestellt werden. Insgesamt 10.000 Arbeitsplätze sollen laut Bericht in dem Werk entstehen. Die Fläche sei so groß wie 420 Fußballfelder.
- **Volkswagen** will bei der geplanten Batteriezellfertigung auf staatliche Förderprogramme verzichten. "Wir bauen das ohne staatliche Förderung", wie ein VW-Sprecher mitteilte.
- Die **Commerzbank** hat bei ihrem Übernahmeangebot für die Direktbank **Comdirect** die Mindestannahmeschwelle von 90 Prozent deutlich verfehlt. Insgesamt wurden nur rund 82,63 Prozent der Aktien angedient. Um die Comdirect trotzdem ohne Squeeze-Out übernehmen zu können, will die Commerzbank nun eine direkte Verschmelzung von Commerzbank und Comdirect durchführen. Diesem Plan müssen die Hauptversammlungen beider Gesellschaften zustimmen. Statt Geld würden die Minderheitsaktionäre der Comdirect Commerzbank-Aktien erhalten. Die für die Verschmelzung notwendigen Maßnahmen werde man "nun unverzüglich einleiten", sagte Commerzbank-Chef Martin Zielke laut Mitteilung des Unternehmens. "Von der Logik der Integration der Comdirect sind wir fest überzeugt und wir sind gut vorbereitet."
- Der Reisekonzern **TUI** kürzt seine Dividende und hat eine Veränderung seiner Dividendenpolitik angekündigt. Für das Geschäftsjahr 2018/2019 sollen nun 0,54 Euro je Aktie ausgeschüttet werden, nach 0,72 Euro im Jahr zuvor. Ab dem Geschäftsjahr 2019/2020 sollen 30 bis 40 Prozent des bereinigten Nachsteuergewinns als Dividende ausgeschüttet werden, wobei die Dividende aber mindestens 0,35 Euro je Aktie betragen soll. Bisher war die Dividendenhöhe am bereinigten operativen Ergebnis bemessen worden.
- Die Automarke **Volkswagen** hat ihren Absatz im November im Vergleich zum Vorjahresmonat gesteigert. Der Absatz stieg um 3,9 Prozent auf 586.400 Fahrzeuge, wie am Mittwoch mitgeteilt wurde. Die Zahlen für den Volkswagen-Konzern als Ganzes wurden noch nicht gemeldet.
- Der Rüstungskonzern **Rheinmetall** hat einen Großauftrag für Alugehäuse im Mobilfunkmarkt erhalten. Der Auftrag bezieht sich auf eine deutlich sechsstellige Stückzahl von Aluminiumgehäusen für ein 5G-Netz, wie das Unternehmen mitteilte. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf rund 150 Millionen Euro.
- **BMW** wird Lithium für Batteriezellen im Volumen von 540 Millionen Euro vom chinesischen Unternehmen Ganfeng beziehen. Durch den Liefervertrag sichert sich BMW den Bedarf für die kommenden Jahre.
- Der saudi-arabische Ölkonzern **Saudi Aramco** hat heute den größten Börsengang aller Zeiten vollzogen. Die Aktien wurden zu einem Preis von umgerechnet 8,53 Dollar (32 Riyal) bei den Anlegern platziert, womit sich das Emissionsvolumen auf 25,6 Milliarden Dollar, inklusive der Mehrzuteilungsoption sogar auf bis zu 29,4 Milliarden Dollar beläuft. Damit stellt der Börsengang den bisherigen Rekordhalter Alibaba mit einem Emissionsvolumen von 25,0 Milliarden Dollar in den Schatten. Der saudische Staat hat nur 1,5 Prozent der Aktien im Rahmen des Börsengangs platziert und bleibt damit der mit Abstand größte Anteilseigner beim größten Ölkonzern der Welt. Saudi-Aramco ist mit einer Marktkapitalisierung von 1,7 Billionen Dollar auch das wertvollste Unternehmen der Welt und stellt damit auch Apple und Microsoft, die ebenfalls einen Börsenwert von mehr als einer Billion Dollar haben, in den Schatten. Nach dem Handelsstart legten die Aktien um das für das Unternehmen festgelegte börsentägliche Limit von 10 Prozent zu.
- Der Kupferkonzern **Aurubis** hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018/19 einen Gewinneinbruch verbucht und kürzt seine Dividende. Das operative Vorsteuerergebnis brach um 42 Prozent auf 192 Millionen Euro ein, während sich das Konzernergebnis um 48 Prozent auf 138 Millionen Euro verschlechterte. Der Umsatz konnte um zwei Prozent auf 11,9 Milliarden Euro zulegen. Die Dividende soll von 1,55 Euro je Aktie auf 1,25 Euro gekürzt werden. Für das laufende Geschäftsjahr 2019/2020 erwartet Aurubis kaum

Besserung. Das Ergebnis wird "auf ähnlichem Niveau" erwartet.

- **ThyssenKrupp** hat am Morgen bestätigt, dass eine Entscheidung über das Aufzugsgeschäft bis zum Ende des ersten Quartals 2020 getroffen werden soll. Man arbeite weiter an allen Optionen, teilte der Konzern am Morgen mit. Die Aufzugssparte solle ihre Profitabilität verbessern. Außerdem solle das Servicegeschäft der Sparte ausgebaut werden.
- Der Mobilfunkanbieter **Telefónica Deutschland** kürzt seine Gewinnausschüttung an die Aktionäre. Nachdem im Vorjahr noch eine Dividende von 0,27 Euro je Aktie ausgeschüttet wurde, soll die im kommenden Jahr zu zahlende Dividende für das Jahr 2019 nur noch 0,17 Euro betragen. Zugleich kündigte das Unternehmen an, dass man bis 2022 ein Umsatzwachstum von mindestens fünf Prozent und eine kontinuierliche Margenverbesserung erwarte.
- Der Baumarktkonzern **Hornbach Holding** hat seine Prognose für das Gesamtjahr angehoben. Für die zwölf Monate bis Ende Februar wird beim bereinigten Gewinn vor Steuern und Zinsen (bereinigtes EBIT) nun ein Anstieg im unteren bis mittleren zweistelligen Prozentbereich erwartet. Bisher war ein Anstieg um mehr als 20 Prozent erwartet worden. Im dritten Quartal konnte der Umsatz um fünf Prozent auf 1,1 Milliarden Euro gesteigert werden. Das bereinigte EBIT verdoppelte sich auf fast 42 Millionen Euro.
- Die Schweizer Großbank **Credit Suisse** wird ihr Renditeziel im laufenden Jahr wohl verfehlen. Die Rendite auf das materielle Eigenkapital (ROTE) werde 2019 bei über 8 Prozent liegen, teilte die Bank mit. Eigentlich waren 10 bis 11 Prozent in Aussicht gestellt worden.

Konjunktur & Politik

- Die **Rohöllagerbestände in den USA** sind in der vergangenen Woche überraschend um 0,82 Millionen Barrel auf 447,9 Millionen Barrel gestiegen. Erwartet wurde eigentlich ein Rückgang um 3,0 Millionen Barrel. Die inoffiziellen API-Lagerdaten vom Vorabend hatten eine Zunahme um 1,4 Millionen Barrel gezeigt. Die Ölpreise verbilligten sich nach Veröffentlichung der Rohöllagerbestände deutlich. Die US-Leichtölsorte WTI notiert zuletzt rund ein Prozent im Minus.
- Die **Unions-Bundestagsfraktion** lehnt den **Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD)** für eine **Finanztransaktionssteuer** in einer Stellungnahme ab. Es handele sich bei den Steuerplänen um "Etikettenschwindel", warnten die Unions-Finanzexpertin Antje Tillmann und der zuständige Berichterstatter Thomas de Maiziere. Statt Spekulation werde vor allem die private Altersvorsorge belastet. Eine zusätzliche Belastung der Altersvorsorge sei aber für die Union nicht zustimmungsfähig.
- **Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung**, hat den **Vorschlag von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD)** für die **Finanztransaktionssteuer** scharf kritisiert. "Diese Steuer ist ein Beispiel für eine Politik, die vorgibt, Probleme zu lösen, sie aber tatsächlich eher verschärft", sagte Fuest. Wichtige Spekulationsinstrumente wie Derivate würden von der Steuer gar nicht erfasst. Die neue Steuer könnte nach Einschätzung von Fuest unerwünschte Spekulation an den Märkten sogar verstärken, weil der Umsatz sinke und es für Spekulanten damit einfacher werde, Preise zu beeinflussen.
- Die **Inflation in den USA** hat im November höher gelegen als erwartet. Die Verbraucherpreise legten um 0,3 Prozent gegenüber dem Vormonat, während die Volkswirte nur mit einem Anstieg von 0,2 Prozent gerechnet hatten. Im Vormonat waren die Verbraucherpreise um 0,4 Prozent gestiegen. In der Kernrate legten die Verbraucherpreise wie erwartet um 0,2 Prozent zu. Im Jahresvergleich erhöhten sich die Verbraucherpreise um 2,1 Prozent, nach 1,8 Prozent im Vormonat. In der Kernrate lagen die Verbraucherpreise im November um 2,3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Realeinkommen in den USA haben im November im Vergleich zum Vormonat stagniert, nachdem im Oktober ebenfalls eine Stagnation verzeichnet wurde.
- Der neue **EU-Ratspräsident Charles Michel** treibt die **Pläne für die Klimaneutralität** der europäischen Wirtschaft bis zum Jahr 2050 voran. Das strengere Klimaziel soll bereits bei einem Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs in dieser Woche beschlossen werden. Klimaneutralität bedeutet, dass die Wirtschaft insgesamt bei einer Nettobetrachtung inklusive von Reduktionsmaßnahmen keine Treibhausgase mehr emittiert.
- Kurz vor der **Parlamentswahl in Großbritannien** schrumpft offenbar der Vorsprung der konservativen Tory-Partei. Nach einer neuen **Umfrage** des Instituts YouGov wollen 43 Prozent der Teilnehmer für die Konservativen stimmen und 34 Prozent für die größte Oppositionspartei Labour. Laut YouGov-Prognose würden die Konservativen auf 339 Sitze im Parlament kommen, was 20 weniger als in der letzten

Umfrage wären.

- Der **Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK)** begrüßt die Einigung zwischen Kanada, Mexiko und den USA auf ein Nafta-Nachfolgeabkommen. Das neue **USMCA-Abkommen** sei "ein Lichtblick in Zeiten zunehmenden Protektionismus", sagte DIHK-Präsident Eric Schweitzer. Dies gelte auch für deutsche Unternehmen, die in den betroffenen Ländern Milliarden investiert und über Jahre Lieferketten aufgebaut hätten. Allerdings werde im USMCA-Abkommen nun für zollbegünstigten Warenverkehr ein höherer Wertschöpfungsanteil auf dem nordamerikanischen Kontinent verlangt. Regierungsvertreter der USA, Mexikos und Kanadas hatten am Dienstag in Mexiko-Stadt das neue Freihandelsabkommen USMCA unterzeichnet.
- Die Zahl der **Unternehmensinsolvenzen in Deutschland** ist in den ersten neun Monaten des Jahres leicht gesunken, wie das Statistische Bundesamt am Morgen mitteilte. Von Januar bis September 2019 meldeten die deutschen Amtsgerichte demnach 14.381 Unternehmensinsolvenzen. Das waren 2,3 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ging um 4,8 Prozent auf 48.764 Fälle zurück.
- Die **USA** stürzen die **Welthandelsorganisation (WTO)** in eine schwere Krise. Bereits seit Jahren blockieren die USA die Ernennung neuer Richter für die Berufungsinstanz, weil sie Reformen der WTO verlangen. Seit heute ist die WTO-Berufungsinstanz nun handlungsunfähig, weil das Mandat von zwei der drei verbliebenen Richter ablief. Damit kann die Berufungsinstanz nun keine Urteile mehr fällen. Die WTO betonte aber, dass dies nicht das Ende des auf Regeln basierenden Streitschlichtungsverfahrens bedeute.
- Die **USA, Kanada und Mexiko** haben sich endgültig auf ein Nachfolgeabkommen für das 25 Jahre alte Nafta-Freihandelsabkommen geeinigt. Vertreter der drei Regierungen unterzeichneten in Mexiko-Stadt das neue **USMCA-Abkommen**. US-Präsident Trump hatte die Neufassung gefordert, um angebliche Nachteile für die USA auszuschließen. Das neue Abkommen beinhaltet einen höheren vorgeschriebenen Wertschöpfungsanteil in Nordamerika für zollreduzierte Produkte.

[Hier geht es zu den Terminen des Tages!](#)

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 15 und § 17 AGB BörseGo AG

§ 15 Haftung

15.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

15.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig von einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

15.3 Im übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

15.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 15.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

15.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 17 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Portalen von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Portalen von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Portale zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Portalen bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung der selbstständigen Anlageentscheidung des Nutzers. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handlungsempfehlungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: September 2019

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzende: Dipl.-Kff. Jutta Hofbauer – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2020